



Die Gewerkschaften in Thailand

Aufgrund der Ausnahmesituation, daß Thailand formal nie eine Kolonie war, konnten sich feudale Strukturen des Wirtschafts- wie auch des Herrschaftsystems länger als in vergleichbaren anderen Ländern halten.

Dies hatte u.a. zum Ergebnis, daß es fast keine Plantagen gab und wenig öffentliche Dienstleistungsbetriebe. Entsprechend waren Gewerkschaften in Thailand Spätentwickler.

Die ersten 'abhängig Beschäftigten' waren chinesische Kulis und Reismühlen-Arbeiter, die um die Jahrhundertwende eingewandert sind.

Von den Anfängen bis 1945

Offiziell wird heute der Streik der Straßenbahnarbeiter von 1903 als erste Aktivität gewerkschaftlicher Art genannt, aber erst nach dem Ende der absoluten Monarchie 1932, dem Aufkommen eines Bürokraten-Apparates und der Politik der verstärkten Öffnung des Landes für ausländische Firmen, die sich auf den Export der Agrarprodukte konzentrierten, wurden die materiellen Voraussetzungen zur Entstehung einer, wie auch immer gearteten, Arbeiterschaft und damit zur Entstehung von Gewerkschaften geschaffen.

Die Herrschenden hatten allerdings mit den Arbeitern nicht viel im Sinn, und Gewerkschaften waren per se unerwünscht, da die Arbeiterschaft, so klein sie auch war, fast ausschließlich aus Chinesen bestand.

Diese waren zudem durch die Geschehnisse in ihrer Heimat relativ stark politisiert und daher der Regierung suspekt. Bereits Mitte der 40er Jahre wurde die Einwanderung von Chinesen beschränkt, im Parlament und seitens der Regierung stießen Gesetzesvorhaben für eine Arbeitsgesetzgebung auf taube Ohren bzw. offene Ablehnung, da Arbeitskämpfe als ein Nationalitätenproblem gesehen wurden.

Dagegen halfen keine Gesetze, sondern nur die Ersetzung der rebellischen Chinesen durch angeblich unterwürfigere Thais. Ab 1935 verfolgte die Regierung eine Politik des 'ökonomischen Nationalismus', dessen Hauptaufgabe u.a. das Ersetzen der Chinesen durch Thais war, verbunden mit einer offenen rassistischen Ideologie und einer ebenso offenen Ausbeutung der Arbeiter.

In bestimmten Bereichen mußten mindestens 50 % der Arbeiter Thais sein, so z.B. in Reismühlen, beim öffentlichen Straßen- und Wohnungsbau (The Trade-Union Movement in Thailand, S. 17f).

Trotzdem gab es unter diesen schwierigen Bedingungen erste Gewerkschaften, so z.B. die Straßenbahner-, die Eisenbahner-, die Schauerleute-Gewerkschaft, schon 1932 gab es Streiks der Straßenbahner, der Rikschafahrer und der Frauen in den Färbereien.

Die Eisenbahner und die Taxifahrer streikten '34 ebenso wie die Arbeiter in den Reismühlen. In der Folgezeit wurden Streikführer chinesischer Herkunft des Landes verwiesen. Auch außerhalb der Metropole tat sich einiges:

Die Busfahrer in Chiang Mai und Lampang streikten im folgenden Jahr, die Minenarbeiter in Yala (Südthailand) im August '36 (aaO., S. 15f).

Die wöchentliche Arbeitszeit betrug Mitte der 40er Jahre durchschnittlich 50

Stunden, ab '39 sogar 54 Stunden, Frauen erhielten in der Regel 1/3 weniger Lohn als Männer, Frauen- und Kinderarbeit kam verstärkt auf, um das Beschäftigungsverbot für Kinder unter 15 Jahren kümmerte sich auch damals niemand; die Wohnverhältnisse waren katastrophal - alles im Namen einer Förderung der nationalen Wirtschaft ... (aaO., S. 15)

Anfang 1939 kam mit Pibul ein erklärter Freund der Japaner an die Macht, der ihnen bei Kriegsausbruch Durchmarschrechte nach Burma und Malaya gewährte.

Trotz des Versuchs, durch Kriminalisierung, Einschüchterung und Spaltung die bestehenden Strukturen von Gewerkschaften zu zerschlagen, gelang dies der Pibul-Regierung nur sehr beschränkt.

Teilweise arbeiteten Gewerkschaften mit der 'Bewegung Freies Thailand' zusammen, etwa beim Boykott japanischer Güter oder der Weigerung, japanische Waren zu bearbeiten oder zu befördern (aaO., S. 23).

Aufbruch und Unterdrückung

Von Anfang 1945 bis 1949, in einer Zeit allgemeinen Aufbruchs, konnten auch die thailändischen Arbeiter von der allgemeinen Tendenz profitieren.

Zum ersten Mal wurden Gewerkschaften nicht behindert oder verfolgt. Die Zahl der Arbeiter nahm aufgrund verschiedener Umstände wie einer allgemein einsetzenden Landflucht zu. Arbeiter wurden für das Bauen von Straßen und Fabriken gebraucht.

In den Jahren 1945-46 wurden 173 Streiks gezählt, 1947 wurde ein erster Gewerkschaftsbund gegründet, die 'Saha Achiwa', die sich aus 50 Betriebsgewerkschaften unterschiedlicher Branchen zusammensetzte, was zuvor stets verboten war. Pibul, der sich Ende '47 an die Macht zurückgeputscht hatte, ließ die jährliche Registrierung der Saha Achiwa verhindern, die zudem aufgrund des einsetzenden Antikommunismus' immer weniger Spielraum hatte und deshalb '49 in den Untergrund ging.

Mit dem Putsch von Pibul fand die erste Phase freier Entwicklung der Gewerkschaften Thailands ein jähes Ende.

Pibul erließ nach amerikanischem Vorbild Gesetze wie den 'Anti-communist Act' und den 'Un-Thai-like Activities Act'.

Unter dem Begriff des ökonomischen Nationalismus fand eine verstärkte Industrialisierung statt, wofür gewerkschaftliche Aktivitäten nur hinderlich waren. Sie wurden mit dem Etikett 'kommunistische Aktivität' belegt und verfolgt.

Pibul sorgte sich um das Investitionsklima, und forcierte das erste Mal aus-

ländische Kredite für den Aufbau von über 100 Staatsfirmen. Trotzdem hatten sich bis zum Machtantritt von Feldmarschall Sarit Thanarat im Oktober 1958 über 150 Gewerkschaften gebildet bzw. neu formiert, es wurden über 30 Streiks gezählt.

Mit Unterstützung von Pibul und einem seiner Polizeigeneräle waren zwei rechte Gewerkschaftsbünde installiert worden, die jedoch zusammen weniger als 2.500 Mitglieder zählten.

Mit dem Antritt von Sarit erfolgte eine weitere Säuberungswelle gegen alle fortschrittlichen Kräfte, die die relative Freiheit der letzten Monate des Pibul-Regimes nach nur 22 Monaten beendete.

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger konzentrierte Sarit die öffentlichen Investitionen auf Infrastrukturmaßnahmen (statt weitere Staatsunternehmen aufzubauen) und lud das internationale Kapital ein, in Thailand zu investieren.

Der Schutz ausländischen Kapitals vor Nationalisierung wurde garantiert, ebenso wie der unbeschränkte Profittransfer. Die 48-Stunden-Woche für die Arbeiter stand nur auf dem Papier, die Arbeiter hatten keine Möglichkeit, für Lohnerhöhungen, bessere Arbeitsbedingungen oder für die Einführung von 2 Wochen Jahresurlaub (die es früher mal gegeben hatte) zu kämpfen.

Frauen- und Kinderarbeit unter unmenschlichen Bedingungen kamen verstärkt auf - Hauptsache, das Investitionsklima stimmte.

Erst unter Thanom, der die Nachfolge des '63 gestorbenen Sarit angetreten hatte, fanden 1969 pro forma Wahlen zu einem neuen Parlament statt, und drei Jahre später wurde das Dekret 103 erlassen, das die (Wieder-) Einführung der einfachsten Arbeitsschutzbestimmungen wie Arbeitszeit, Pausen, Urlaub, Kinder- und Frauen-Arbeit sowie erstmals Mindestlöhne vorgab.

In der Folge gab es wieder verstärkt Arbeitskämpfe.

Zusammenfassend kann man die Zeit seit dem II. Weltkrieg als die Zeit der großen Veränderungen bezeichnen:

Die Industrialisierung des Landes und damit eine Änderung der ehemals feudalistischen Produktionsverhältnisse begann mit dem Ende des Krieges. Reparatur- und eine aufkommende Konsumgüter-Industrie ließ die Arbeiterschaft wachsen und den einst dominierenden Anteil der Chinesen in ihr schrumpfen.

Direkt nach dem Krieg gab es aufgrund der veränderten Verhältnisse einen steilen Aufschwung von Gewerkschaften und Arbeitskämpfen, der allerdings drei Jahre später mit dem Putsch von Pibul einen ebenso steilen Abstieg fand.

In der Zeit von '48 bis '73 gab es zwar vereinzelt Kämpfe, die Organisationsstrukturen blieben teilweise intakt, aber die Gewerkschaftsbewegung als solche spielte keine Rolle mehr. Anfang Oktober '73, unmittelbar vor dem Volksaufstand waren ganze 14 Arbeiterassoziationen registriert.

Ende 1973, im Oktober, gelang es in einem Volksaufstand, die Diktatur von Thanom und Praphat (Innenminister) zu stürzen und für die folgenden 3 Jahre politische Freiheiten zu erringen, wie sie vorher in Thailand nicht existiert hatten.

Davon profitierten nicht nur die Arbeiter, auch die Bauern und Studenten nutzten die Gunst der Stunde.

Die Jahre der 'open politics'

Für die Gewerkschaftsbewegung sollten die nächsten drei Jahre freie Möglichkeiten zur Betätigung bilden, wie es sie weder vorher noch nachher jemals wieder gab.

Gab es 1972 insgesamt 34 Streiks, so waren es 1973 501 Streiks, im folgenden Jahr 357, 1975 gab es 241 Streiks. 1973 wurden 6 neue Gewerkschaften gegründet, '74 waren es 15, '75 schon 47 und '76 nochmals 55 (Trade Unionism in Thailand - A New Dimension, S. 483f).

Diese Zahlen für sich allein besagen noch nicht so viel, aber die Gewerkschaften konnten das erste Mal reguläre Tarifverträge aushandeln und Formen zur Bewältigung innerbetrieblicher Konflikte entwickeln (vergleichbar unseren Betriebsräten).

Sie konnten allgemeine Forderungen, etwa nach einer Sozialversicherung, aufstellen, wurden Mitglieder im dreiteiligen Gremium zur Festlegung des Mindestlohns, und konnten vor allem frei neue Mitglieder werben und organisieren sowie ihre Mitglieder schulen.

Die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Chulalongkorn-Universität in Bangkok führte regelrechte Politikökonomie-Kurse für Gewerkschafter durch.

Es wurden Verbindungen nicht nur zu Studenten, sondern auch zu Bauernorganisationen geschaffen, die sich zum ersten Mal überhaupt hatten entwickeln können.

Nachdem die Saha Achiwa 1949 in den Untergrund gehen müssen, war es nun wieder möglich, sich branchenübergreifend zusammenzuschließen. Die erste Form eines solchen Zusammenschlusses war das 'Arbeiter-

Der Aufbau der Gewerkschaften

LCT	TTUC	NCTL	FLT	Dachverbände
Federations				Branchenverbände
444 Gewerkschaften* davon 96 in Staatsbetrieben				Betriebsgewerkschaften

LCT = Labour Congress of Thailand
 TTUC = Thailand Trade Union Congress
 NCTL = National Congress of Thai Labour
 NFLT = National Federation of Labour in Thailand

* Die Organisationsstruktur der Gewerkschaften in Thailand beruht auf dem Prinzip der Betriebsgewerkschaft - 'eine Gewerkschaft für jeden Betrieb'.

Koordinations-Zentrum Thailands', das allerdings in seinen Vorstellungen selbst zum damaligen Zeitpunkt zu links war.

Ab 1975 wurde die 'Föderation Thailändischer Gewerkschaften' (FLUT) der größte und einflußreichste Gewerkschafts-Bund, der sich '76 in den 'Arbeiter-Kongreß Thailands' (LCT - Labour Congress of Thailand) umbenannte.

Die Zeit nach dem Coup '76

Im Oktober '76, fast genau drei Jahre, nachdem die Thanom/Praphat-Clique verjagt worden war, putschte sich das Militär zurück an die Macht.

Die Bauernbewegung war nun vollständig zerschlagen, ebenso die Studentenbewegung. Die Gewerkschaften, sofern ihre Führer nicht verhaftet waren, unterlagen einer strengen Kontrolle und weitreichender Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit.

Jede Art von Dachverband wurde verboten, ebenfalls Streiks und Aussperrungen. In den vorangegangenen Jahren erkämpfte Rechte wurden aufgehoben, jedoch wurden die Gewerkschaften nicht generell verboten, aus Angst, der Untergrundbewegung damit einen noch größeren Zulauf zu verschaffen.

Der Militärrat "National Administrative Reform Council" erkor den strammen Antikommunisten Thanin zum neuen Premier, dem ein Jahr später der ehem. Militäroberbefehlshaber Kriangsak folgte.

Seit 1980 ist dessen Nachfolger als Premier der ehem. General Prem, der trotz zweier Putschversuche im April '81 und im September '85 heute noch Regierungschef ist. (Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels ist allerdings das Parlament gerade mal wieder aufgelöst und Neuwahlen sind für den 24.7.88 angesagt.) Nach dem Abgang von Thanin besserte sich die Situation von Jahr zu Jahr stets ein kleines bißchen, aber die Freiheiten in den Jahren der 'open politics' waren noch weitreichender als die heute gewährten.

1979 war es dem LCT möglich, sich endlich als Gewerkschaftsbund registrieren zu lassen. Die Gewerkschaften, soweit es sie noch gab, konnten sich nicht viel erlauben, da sie sonst bei der jährlich vorgeschriebenen Registrierung 'durchgefallen' wären.

Mitte 1980 wurden 230 Einzelgewerkschaften gezählt mit rund 120.000 Mitgliedern (Workers & Labour Unions in Thailand, Teil II, S. 51). Immerhin wurde ein Jahr später das generelle Streikverbot aufgehoben und Streiks unter bestimmten, sehr eng gefaßten Voraussetzungen erlaubt.

Im April 1980 änderte die Premier-Regierung ihre Politik der Aufstandsbekämpfung. Gegen die nach wie vor bedrohlich starke CPT wurde nun nicht mehr nur militärisch, sondern zunehmend auch mit politischen Mitteln vorgegangen. Mit einer Art Amnestie gelang es der Regierung, viele, die nach dem blutigen Oktober '76 in den Untergrund geflüchtet waren, zur Rückkehr zu bewegen. Gleichzeitig bedeutete dies auch eine Verstärkung der Organisationen, die innerhalb des (beschränkten) legalen Rahmens arbeiteten. So tauchten eine ganze Reihe von Gewerkschaftern wieder auf, die inzwischen wieder wichtige Aufgaben innerhalb der Gewerkschaftsbewegung innehaben.

Die CPT ist mittlerweile so stark zusammengeschrumpft, daß der jetzige Oberbefehlshaber Chaovalit im letzten Jahr öffentlich erklärte, von ihr gehe keine Bedrohung mehr aus.

1982 kam es zur Spaltung des größten Gewerkschaftsbundes LCT, der zu diesem Zeitpunkt ca. 150 Einzelgewerkschaften repräsentierte. Im Prinzip ging es um zwei unterschiedliche Auffassungen von Gewerkschaftsarbeit:

der damalige LCT-Vorsitzende Paisal vertrat die Ansicht, daß sich die Gewerkschaften auf die Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder konzentrieren müßten, während der LCT-Generalsekretär Sawat die Gewerkschaften als Basis politischer Macht benutzen wollte.

Auslöser der Spaltung war dann letztlich die Aufnahme der Transportarbeiter-Gewerkschaft während des Kongresses, die Sawat 30 zusätzliche Stimmen und damit die Mehrheit brachte.

Nachdem Paisal ohne Erfolg gegen dieses Vorgehen protestierte, trat er aus dem LCT aus und gründete mit 80 Gewerkschaften, die sich ihm anschlossen den TTUC (Thai Trade Union Congress).



Diese Spaltung hat innerhalb der Gewerkschaftsbewegung tiefe Wunden hinterlassen (Trade Unionism in Thailand ..., S. 487). Der Rest-LCT wählte den Führer der Eisenbahner-Gewerkschaft, Ahmad, zum neuen Vorsitzenden. Ahmad und Sawat wurden Verbindungen zum ISOC nachgesagt, der militärischen Aufstandsbekämpfungs-Behörde. Seit dem Frühjahr '86 gibt es Ansätze einer Annäherung und Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen, nachdem der LCT einen neuen Vorsitzenden hat, der unbelastet von den früheren Auseinandersetzungen ist.

So gab es '86 gemeinsame Aktivitäten im Vorfeld des 1. Mai und nachfolgend des öfteren gemeinsame Erklärungen bei diversen Anlässen. Im Herbst des gleichen Jahres gelang es durch gemeinsam abgesprochene Aktionen, an denen sich auch die beiden anderen, kleineren Gewerkschafts-Dachorganisationen beteiligten, eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns durchzusetzen.

Auch wenn die Erhöhung nur die Hälfte der Forderung betrug, so kommt dieser Aktion ein gewisser Signalcharakter zu, eben weil zum ersten Mal alle rivalisierenden Organisationen am gleichen Strang zogen.

Die von vielen erhoffte Wiedervereinigung von LCT und TTUC wird allerdings noch auf sich warten lassen, nicht nur wegen der Animositäten zwischen den beiden Organisationen, die sich keineswegs auf die Führer beschränkt. Hinter den Kulissen gibt es die Bemühungen von Außenseitern, sprich: Militärs, Unternehmern und Politikern, die gegen eine Einigung arbeiten, um die dann erwartete Stärkung der Gewerkschaftsbewegung zu verhindern.

Daher wird der derzeitige Stand der Dinge wohl noch einige Zeit Gültigkeit behalten: keine Einheit, dafür aber immerhin gemeinsam abgesprochene Aktionen. Generell hat sich zwar der Einfluß der Gewerkschaftsbewegung in den letzten paar Jahren etwas erhöht, aber der Organisationsgrad in Thailand ist einer der niedrigsten in ganz Südostasien (wohl auch deshalb, weil in anderen Ländern eine stärkere Anbindung der Gewerkschaften an die jeweilige Regierung bzw. deren Ideologie existiert).

Die Zahl der Organisierten dürfte derzeit um 300.000 Mitglieder liegen, etwa 5 % der abhängig Beschäftigten (FEER v. 14.4. 1988). Dies ist mit ein Grund dafür, daß die Arbeitssituation in Thailand immer noch katastrophal ist.

Stunden und mehr pro Tag, 7 Tage die Woche, eingesperrt in die Fabrik, ohne ausreichende Ernährung und Unterkunft. Ihr Arbeitsprodukt landet nicht selten auf europäischen Kaufhaus-Wühltischen ...

Stunden und mehr pro Tag, 7 Tage die Woche, eingesperrt in die Fabrik, ohne ausreichende Ernährung und Unterkunft. Ihr Arbeitsprodukt landet nicht selten auf europäischen Kaufhaus-Wühltischen ...

Es wird geschätzt, daß nur 40 % der Beschäftigten den ihnen zustehenden Minimallohn erhalten, etwa 2,5 Mio. sind offiziell arbeitslos, und aufgrund der sich ständig verschlechternden Lage auf dem Lande sorgt die Landflucht dafür, daß immer neue Arbeitssuchende in die Städte strömen.

Ein weiterer Skandal ist die Kinderarbeit: Geschätzte 1,1 Mio. Kinder zwischen 7 und 14 Jahren arbeiten allein in Bangkok und den 10 angrenzenden Provinzen unter übelsten Zuständen (The Fate of Thai Labour, S. 10). 10

um den gesetzlichen Mindestlohn sowie die wenigen Sozialleistungen, die per Gesetz vorgeschrieben sind, zu umgehen. Außerdem ist im Falle einer Nicht-Verlängerung des Arbeitsvertrages keine Abfindung zu zahlen, d.h. daß je nach betrieblicher Auslastung die Belegschaft nach Belieben dezimiert werden kann, ohne daß dafür Kosten anfallen.

In die Schlagzeilen geraten auch immer wieder größere Kündigungsaktionen, wie im letzten Sommer die Massenkündigung in zwei Textil-Betrieben als Reaktion auf Forderungen der Belegschaft an das Management. Erst als die Beschäftigten mit einschneidenden Maßnahmen drohten, wurden die Firmenleitungen durch die Arbeitsbehörde zum Einlenken genötigt.

Seit dem letzten Jahr wird ein Thema von der Gewerkschaftsbewegung ganz entschieden vertreten, das schon lange gärt, aber bisher nie so offensiv vorgebracht wurde: Thailand ist derzeit das einzige Land in Südostasien, in dem es kein Sozialversicherungsgesetz gibt. Seit dem letzten Herbst haben sich TTUC und LCT darauf geeinigt, Druck zu machen, um ein Sozialversicherungsgesetz zu erreichen, das eine wenigstens bescheidene Absicherung für Krankheit, tödliche Arbeitsunfälle und Schwangerschaft beinhalten soll. Allerdings hat die kürzliche Auflösung des Parlaments es unwahrscheinlich werden lassen, daß eine der entsprechenden Gesetzesvorlagen noch wie geplant dieses Jahr beraten wird.

Und schließlich wenden sich die thailändischen Gewerkschaften gegen eine auch bei uns bekannte Erscheinung: den Verkauf staatlicher Unternehmen an Privatunternehmen. So hat die Regierung letztes Jahr zwar ein paar kleinere Betriebe verkaufen können, aber die Betriebe, die sie eigentlich loswerden möchte, weil sie Verluste verursachen, konnten bisher nicht veräußert werden.

Dazu gehören u.a. die öffentlichen Verkehrsbetriebe Bangkoks (BMTA) und die Eisenbahn (SRT). In Bangkok wurden letztes Jahr Lizenzen an private Busunternehmer für bestimmte Strecken verteilt und gleichzeitig Personal der BMTA entlassen. Die SRT plant, die beiden wichtigsten Strecken, Bangkok-Chiang Mai und Bangkok-Sungai Golok von Privatunternehmern betreiben zu lassen. Inzwischen hat sich ein Arbeitsausschuß der Gewerkschaften der staatlichen Betriebe gebildet, um gemeinsam dagegen vorzugehen. Seit Beginn dieser Verkaufspolitik hat es auch immer wieder Streiks und Demonstrationen der Beschäftigten betroffener Betriebe gegeben. Sie fordern, statt die Unternehmen zu verkaufen lieber die Korruption in den Vorstandsetagen zu bekämpfen ...

Die Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit heute

Neben den innerbetrieblichen Auseinandersetzungen gibt es ein paar Themen, die von allgemeiner Bedeutung sind und deswegen von den Gewerkschaftsdachverbänden aufgegriffen und zentral vertreten werden.

Dazu gehört die Erhöhung des Mindestlohns, der derzeit im Großraum Bangkok 73 Baht (ca. 5 DM/Tag), im Rest des Landes zwischen 61 und 67 Baht beträgt. Ein weiterer Punkt, der allerdings damit zusammenhängt, sind die befristeten Arbeitsverhältnisse:

Viele Arbeiter werden nur auf 60 Tage eingestellt (wobei der Vertrag allerdings in der Regel erneuert wird),

um den gesetzlichen Mindestlohn sowie die wenigen Sozialleistungen, die per Gesetz vorgeschrieben sind, zu umgehen. Außerdem ist im Falle einer Nicht-Verlängerung des Arbeitsvertrages keine Abfindung zu zahlen, d.h. daß je nach betrieblicher Auslastung die Belegschaft nach Belieben dezimiert werden kann, ohne daß dafür Kosten anfallen.

In die Schlagzeilen geraten auch immer wieder größere Kündigungsaktionen, wie im letzten Sommer die Massenkündigung in zwei Textil-Betrieben als Reaktion auf Forderungen der Belegschaft an das Management. Erst als die Beschäftigten mit einschneidenden Maßnahmen drohten, wurden die Firmenleitungen durch die Arbeitsbehörde zum Einlenken genötigt.

Seit dem letzten Jahr wird ein Thema von der Gewerkschaftsbewegung ganz entschieden vertreten, das schon lange gärt, aber bisher nie so offensiv vorgebracht wurde: Thailand ist derzeit das einzige Land in Südostasien, in dem es kein Sozialversicherungsgesetz gibt.

Seit dem letzten Herbst haben sich TTUC und LCT darauf geeinigt, Druck zu machen, um ein Sozialversicherungsgesetz zu erreichen, das eine wenigstens bescheidene Absicherung für Krankheit, tödliche Arbeitsunfälle und Schwangerschaft beinhalten soll. Allerdings hat die kürzliche Auflösung des Parlaments es unwahrscheinlich werden lassen, daß eine der entsprechenden Gesetzesvorlagen noch wie geplant dieses Jahr beraten wird.

Und schließlich wenden sich die thailändischen Gewerkschaften gegen eine auch bei uns bekannte Erscheinung: den Verkauf staatlicher Unternehmen an Privatunternehmen. So hat die Regierung letztes Jahr zwar ein paar kleinere Betriebe verkaufen können, aber die Betriebe, die sie eigentlich loswerden möchte, weil sie Verluste verursachen, konnten bisher nicht veräußert werden.

Dazu gehören u.a. die öffentlichen Verkehrsbetriebe Bangkoks (BMTA) und die Eisenbahn (SRT). In Bangkok wurden letztes Jahr Lizenzen an private Busunternehmer für bestimmte Strecken verteilt und gleichzeitig Personal der BMTA entlassen. Die SRT plant, die beiden wichtigsten Strecken, Bangkok-Chiang Mai und Bangkok-Sungai Golok von Privatunternehmern betreiben zu lassen. Inzwischen hat sich ein Arbeitsausschuß der Gewerkschaften der staatlichen Betriebe gebildet, um gemeinsam dagegen vorzugehen. Seit Beginn dieser Verkaufspolitik hat es auch immer wieder Streiks und Demonstrationen der Beschäftigten betroffener Betriebe gegeben. Sie fordern, statt die Unternehmen zu verkaufen lieber die Korruption in den Vorstandsetagen zu bekämpfen ...

Stefan Modro